

Die E-Bilanz: Ein Beitrag zum Steuerbürokratieabbau?

LOGIN ERFORDERLICH

Die Volltexte der DER BETRIEB-Datenbank stehen nur Abonnenten zur Verfügung. Zur Anzeige eines Dokuments geben Sie bitte zunächst Ihren Benutzernamen und Ihr Passwort ein.

Sie sind noch nicht Abonnent von DER BETRIEB?

Testen Sie jetzt DER BETRIEB und die Online-Datenbank **6 Wochen lang kostenlos**. Bereits in der Testphase können Sie die Online-Datenbank uneingeschränkt nutzen.

ODER:

Sie können dieses Dokument im Rahmen unseres Einzeldokumentverkaufs in unserem Shop erwerben. Klicken Sie dazu auf den Einkaufswagen.



Univ.-Prof. Dr. Lutz Richter / Dipl.-Kffr. Magdalena Kruczynski, beide Trier / Dipl.-Kfm. Christof Kurz, Saarbrücken

Nach § 5b EStG werden bilanzierende Unternehmen ab dem Vz. 2011 grds. verpflichtet, Bilanzen, GuV und ggf. Überleitungsrechnungen standardisiert elektronisch an die Finanzverwaltung zu übermitteln. Die Regelung beinhaltet jedoch nicht nur die Modernisierung des Besteuerungsverfahrens durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie, sondern auch die Festlegung eines Mindestumfangs für die steuerliche Deklaration. Der vorliegende Beitrag analysiert die Verpflichtung nach § 5b EStG und nimmt dazu kritisch Stellung.

Gliederung

- I. Einleitung
- II. Bund-Länder-Vorhaben zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens
- III. Rechtliche Grundlagen der E-Bilanz
 1. Steuerbürokratieabbaugesetz
 2. BMF-Schreiben vom 19. 1. 2010
- IV. Technische Grundlagen der E-Bilanz
 1. XBRL als Übermittlungsstandard
 2. Elster Rich Client (ERIC)
- V. Umsetzung des § 5b EStG
 1. AG Taxonomie Steuer
 2. HGB-Taxonomie als Grundlage des amtlich vorgeschriebenen Datensatzes
 3. Praxistest
- VI. Elektronische Übermittlung
 1. Bestandteile der elektronischen Übermittlung
 2. Umfang der elektronischen Übermittlung
 3. Standardisierung der Inhalte
 4. E-Bilanz und der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung
 5. Anwendungszeitpunkt
- VII. Zusammenfassung

I. Einleitung

Das E-Government, dessen Ziel die Digitalisierung geschäftlicher Prozesse ist, bestimmt seit dem Jahr 2000 als zentrale Regierungsaufgabe die Organisation und die Verfahren innerhalb der Regierung und Verwaltung. Durch den verstärkten Einsatz von Onlineverfahren sollen künftig möglichst alle Transaktionen zwischen Unternehmen, Mitarbeitern der Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern sowie Behörden nur noch elektronisch abgewickelt und auf diese Weise unnötige Bürokratie abgebaut werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Informationstechnologie im neu eingeführten Art. 91c GG verfassungsrechtlich verankert.

Die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie werden auch genutzt, um das Besteuerungsverfahren zu modernisieren und effizienter zu gestalten. Das am 20. 12. 2008 verabschiedete Steuerbürokratieabbaugesetz schafft die rechtlichen Grundlagen für den Ausbau der elektronischen Kommunikation zwischen Unternehmen und den Steuerbehörden.

Der nachfolgende Beitrag stellt - nach einer kurzen Beschreibung der Projekte zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens - die rechtlichen und technischen Grundlagen der elektronischen Übermittlung von Bilanzen und GuV nach § 5b EStG dar. Im Anschluss folgt ein Überblick über den derzeitigen Stand der Umsetzung des § 5b EStG sowie eine kritische Analyse der Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung.

Informationen zu den Autoren

Univ.-Prof. Dr. Lutz Richter ist Inhaber der Professur für Betriebswirtschaftslehre, insb. Betriebswirtschaftliche Steuerlehre und Unternehmensrechnung an der Universität Trier; Dipl.-Kffr. Magdalena Kruczynski ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an dieser Professur; Dipl.-Kfm. Christof Kurz ist Leiter des Produktmanagements für betriebswirtschaftliche Anwendungen bei der eurodata GmbH & Co. KG in Saarbrücken.